

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Postsendungen
franco gegen franco
Geldbriefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnement's
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen
Preis von
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1.70 für Österreich (Gouvern.)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
die herganzjährige Zeitzeile
25 Gts. — 20 Pfg.

№ 49.

Donnerstag, 4. Dezember

1884.

AVIS AN DIE ABONNEMENTEN UND KORRESPONDENTEN DES „SOZIALDEMOKRAT.“
Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die hiesigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe nach dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu sichern, Hauptbedingung ist. Hinsichtlich des Postverkehrs ist hierzu einseitig, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sie dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unerschöpfliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In vorerwähnten Fällen empfiehlt sich dem größtmöglichen Sicherheit Rücksendung. Soweit es uns liegt, werden wir gemäß unserer Mühe nach Können streben, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Ein Kanzlerwort.

„Man muß aber doch schon sehr kindlich und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung der persönlichen Lage zu hoffen.“
So äußerte sich am 26. November vor versammeltem deutschen Reichstag Fürst Otto von Bismarck, der Kanzler des deutschen Reiches, der sich von seinen bezahlten und freiwilligen Schmeichlern den größten Staatsmann dieses Jahrhunderts nennen läßt, der Mann der vielgepriesenen königlich preussischen Sozialreform.
Wenn ein Eugen Richter, ein Ludwig Bamberger oder ein Rickert das gesagt hätte, wie würde da sofort die ganze Meute der officiellen Solbtschreiber über ihn herfallen und mit tugendhafter Entrüstung ausruhen: Seht da den Vertreter des kalten, gemüthlosen, harten Raucherthums, er will nicht, daß den Armen von Staatswegen geholfen werde, er hat kein Herz für die Enterbten der Gesellschaft!
Der große Reichskanzler aber darf so etwas sagen; und wenn er auch im selben Athemzug davon spricht, daß die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf Denzungen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element ist, so thut dieser Widerspruch seinem Ruhm keinen Eintrag. Seine Rede bleibt doch eine monumentale, wie die „Köln. Zeitung“ sagt. Und die muß es ja wissen.
Pyramidal wäre vielleicht eine bessere Bezeichnung.
In derselben „monumentalen“ Rede heißt es an einer anderen Stelle:

„Die Sozialdemokraten haben noch immer den Schleier des Prophezen, den ich hier schon öfters zitiert habe, der ein so häßliches Gesicht hatte, daß er sich Niemand zeigte, den haben sie noch immer vor dem Gesicht, den hüten sie sich zu lästern. . . . Namentlich wenn Sie genüßigt sind, Ihre Pläne erst vor Ihren Wählern vollständig klarzulegen, wird sich deren Urtheil klären.“
Wäre dem wirklich so, verhalten wir wirklich vor den Wählern unser Gesicht, so wäre der Mann zuletzt berechtigt, sich darüber aufzuhalten, der jenes infame Gesetz fabricirt hat und mit aller Gewalt aufrecht zu erhalten sucht, das „Druckschriften, Versammlungen etc., in denen sozialistische, kommunistische Bestrebungen zu Tage treten“, dem Henkerbeil des Polizeiverbothes preisgibt. Aber dem ist nicht so, dieser Hieb geht in die Luft: gerade trotz dieses Gesetzes haben wir in mehr als einer Million von Exemplaren unser Wahlmanifest den Wählern unterbreitet und ihnen rückhaltlos unsere Pläne, unsere letzten Ziele klargelegt. Ohne jeden Schleier zeigten wir ihnen unser „häßliches Gesicht.“

„Zur Abhilfe des Uebels gibt es nur ein Mittel: die Verfechtung der Ursache, das heißt die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit.“

Wird die nationale Arbeit in großen sozialistischen Associationen auf Rechnung der Gesamtheit (des Staates) geleistet, so ist die Klasse der Unternehmer und Kapitalisten überflüssig, der nationale Reichthum kann gleichmäßig vertheilt werden, und die furchtbare Kluft zwischen Arm und Reich ist ausgefüllt. Wir sagten: „Produktion auf Rechnung des Staates“ — dies darf jedoch keine solche sein, daß der Staat die Privatunternehmer bloß bei Seite schiebt, um selbst an ihre Stelle zu treten und die Arbeit auszubedenken, wie das bei dem Tabakmonopol beabsichtigt war und beim staatlichen Berg- und Hüttenbau und bei den Staatseisenbahnen geschieht. Das ist fiskalischer Betrieb, der hundertmal verschieden ist vom sozialistischen Betrieb im Interesse der Gesamtheit.

Wir wollen
die sozialistische Organisation der Gesellschaft durch den Staat,

der durch und durch demokratisch werden muß, so daß der Gegensatz zwischen Staat und Volk verschwindet.“

So unser Manifest.
Kann man deutlicher reden?

Und in demselben Manifest heißt es über die Sozialreform Bismarck's:

„Wer unseren Darlegungen mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, sieht auf den ersten Blick, daß diese drei Maßregeln — Krankenversicherung, Unfallversicherung und Altersversorgung — den Kern der sozialen Frage, d. h. die Art der Erzeugung und Vertheilung des Nationalreichtums gar nicht berühren und sich nur auf dem Gebiet des Armenwesens bewegen. Die jetzt schon dem Staat und den Gemeinden aufliegende Pflicht, für die Erwerbsunfähigen zu sorgen, wird mit Bezug auf einen Theil

der Arbeiter neu geregelt — das ist Alles. Sozialreform ist das nie und nimmermehr.“

Wem dieses Urtheil zu absprechend erscheint, der vergleiche damit den obigen Ausspruch:

„Man muß aber doch schon sehr kindlich und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung der persönlichen Lage zu hoffen.“

Eine Verbesserung der persönlichen Lage haben also nach Bismarck die Arbeiter von der Gesetzgebung nicht zu hoffen.

Ehe wir dazu übergehen, die Konsequenzen dieses Satzes zu ziehen, wollen wir erst die Frage erörtern: Wäre diese Hoffnung wirklich „schon sehr kindlich“?

Wohlgemerkt, es handelt sich nicht um die gegenwärtigen Gesetzgeber, sondern um die Gesetzgebung überhaupt.

Nun, die Arbeiter sind allerdings von der Gesetzgebung bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden, die herrschenden Klassen aber haben es sehr gut verstanden, ihre persönliche Lage mit Hilfe der Gesetzgebung zu verbessern, und halten just aus diesem Grunde sehr viel darauf, „die Klinke der Gesetzgebung“ — Sie kennen ja wohl den Ausdruck, Durchlaucht? — in der Hand zu behalten.

Wir brauchen gar nicht weit zurückzugreifen, wir haben der Beispiele genug in unseren Tagen beobachtet können.

Die Erhöhung der Eisenzölle im Jahre 1879 hat die persönliche Lage einer großen Anzahl von Hüttenbesitzern und mit Bergwerksaktien gesegneter Rentiers ganz wesentlich verbessert. Aktien, die beständig gegen den Nullpunkt oszillirten, bekamen plötzlich einen Werth, Dank der mittelst der Gesetzgebung durchgeführten Schutzzölle zu Gunsten, d. h. befuß Vertheuerung der betreffenden Fabrikate.

Es sind auch nur wenige Jahre verstrichen, seit auf Betreiben der Waldbesitzer in Deutschland, die ja auch sehr viel Einfluß auf die Gesetzgebung besitzen, die Holzzölle erhöht wurden. Für einen gewissen großen Waldbesitzer im Nordwesten rechnete man damals eine Verbesserung seiner persönlichen Lage um mehrere hunderttausend Mark heraus. Sollten Sie gar nichts davon gehört haben, Einsiedler von Friedrichsruhe?

Wenn man unsere Landmagnaten hört, so muß der ganze deutsche Grundbesitzstand elendiglich verkommen, wenn sich nicht die Gesetzgebung seiner erbarmt und durch Erhöhung der Getreidezölle die persönliche Lage der Herren verbessert. Hätten Sie dieselben für „schon sehr kindlich“, Gutsherr von Varzin?

Genug. Die Gesetzgebung kann, wie man sieht, sehr viel, es handelt sich nur darum, ob sie will.

Für die Eisenbarone, für die Landmagnaten hat sie gewollt, bei den arbeitenden Klassen aber wird sofort Halt gemacht und erklärt, es geht nicht!

Man weiß, daß die arbeitende Klasse bei der heutigen, der kapitalistischen Produktionsweise unter einem Lohngesetz schmachtet, welches jede Hoffnung auf Verbesserung ihrer Lage im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf als leeren Wahn beurtheilt, man weiß, daß die Proletarisirung der Massen, die Pauperisirung der Proletariat die notwendige, die unausbleibliche Folge des modernen Wirtschaftssystems ist, man weiß, daß wenn nicht Wandel geschaffen wird, — nein, man weiß, daß Wandel geschaffen werden muß, wenn nicht Hunderttausende, Millionen in Noth und Elend zu Grunde gehen, das Volk physisch und geistig verkommen soll. Und anstatt auf Mittel zu sinnen, diesen Wandel durch gesetzgeberische Maßregeln anzubahnen, stellt sich ein Mann, der sich als Sozialreformer ersten Ranges ausposaunen läßt, hochschreiend hin und erklärt:

„Man muß aber doch schon sehr kindlich und vertrauensvoll sein, um von der Gesetzgebung eine Verbesserung der persönlichen Lage zu hoffen.“

Hört ihr's, deutsche Arbeiter, hört ihr's, Handwerker und Kleinbauern, die ihr am Hungertuche nagt? Man erklärt, euch nicht helfen zu können, weil man euch nicht helfen will!

Denn die Gesetzgebung kann helfen, wenn sie nur will. Wäre dem nicht so, nun, ihr Arbeitslosen in Nord und Süd, in Ost und West, ihr ausgehungerten Arbeitsbienen, die ihr in Noth und Jammer dahinlebt, von einem Tag zum andern dem Hungertod in's Antlitz seht, was könnte euch noch abhalten, mit fliegenden Fahnen überzugehen in's Lager der Anarchisten und, wo ihr euch nicht helfen könnt, euch wenigstens Genugthuung zu holen für all' das Elend, welchem man euch kalten Blutes preisgibt?

Wir wären die Lechten, die es euch verargten!

Fast dieselben Worte, welche am 26. November „Europas größter Staatsmann“, der Herr der „Ordnung“, im deutschen Reichstage sagte, wurden am 22. November in der Saale Levis zu Paris von den Anarchisten den Pariser Arbeitern zugerufen: Hoff nicht von der Gesetzgebung!

Und wiederum an ein bekanntes Wort des großen Kanzlers erinnert die Folgerung, die sie aus diesem Worte zogen:

Rehmt euch, was ihr braucht, wo ihr es findet. War die Voraussetzung richtig, dann war es auch die Folgerung.

Aber die Voraussetzung ist falsch. Die Gesetzgebung, wir wiederholen es, kann helfen, es kommt nur darauf an, ob sie helfen will.

Es mag „kindlich“ sein, von der heutigen Gesetzgebung Verbesserung der Lage der Arbeiter zu erhoffen, es mag ein unbegründetes Vertrauen sein, auf die Einsicht der heutigen Gesetzgeber zu spekulieren; das ist aber nur ein Zeugniß dafür, daß die Arbeiter erst dann auf Schutz gegen die Kapitalherrschaft rechnen können, wenn sie selbst die Macht im Staate erobert, wenn sie selbst die Gesetzgebungsmaschine in Händen haben. Es ist eine Befähigung des Satzes, daß die Arbeiter nur auf dem Wege der gewaltthätigen Revolution Besserung ihrer Lage erzielen können. Behält Bismarck Recht, so setzen sich die Arbeiter unrettbar vor die Wahl gestellt: Blutiger Kampf oder das Nichts!

Das ist die Konsequenz des Kanzlerworts.
O großer und weisfüchtiger Staatsmann!

„Das Damaskus der deutschen Sozialdemokratie.“

Berlin, 26. November 1884.

Mit dieser Ueberschrift findet sich in deutschen Zeitungen ein Zeitartikel, welcher auf Grund von Ausführungen des „Sozialdemokrat“ über die heutigen Wahlen zu dem Schlusse gelangt, daß die deutsche Sozialdemokratie ihr Damaskus gefunden habe und aus einem ungebildeten revolutionären Saulus ein lammfrommer parlamentarischer Paulus geworden sei.

Und worauf liefen denn jene Ausführungen des „Sozialdemokrat“ hinaus?

Es wurde einfach dargelegt, daß die großen Wahlerfolge der Sozialdemokratie ihr auch erhöhte Pflichten auferlegten, daß die Partei von 24 Vertretern eine größere Gesamtsumme von Wählern zu erwarten habe als von 13 oder weniger Vertretern — daß mit einem Wort die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Aufgabe habe, im Reichstage eine den Hoffnungen der Partei entsprechende Thätigkeit zu entfalten.

Als eine der nächsten Aufgaben wurde ein Antrag auf Aufhebung des Sozialistengesetzes bezeichnet.

Wir sind nicht mit allen Einzelheiten jener Ausführungen einverstanden. Wir sind namentlich nicht damit einverstanden, daß es Sache der sozialdemokratischen Fraktion sei, einen Antrag auf Abschaffung des Sozialistengesetzes zu stellen.

Abgesehen davon, daß ein solcher Antrag nur in der Form eingebracht werden könnte, wie es im vorigen Reichstage geschehen ist: nämlich als Antrag auf Abschaffung aller Ausnahmegesetze — würde im gegenwärtigen Moment ein derartiger Antrag etwas demüthig klingen und unsere Partei von der stolzen Stellung herabdrücken, in welche sie sich durch die letzten Wahlen emporgeschwungen hat. Wir haben mit dem Sozialistengesetz gefehlt, wir haben trotz des Sozialistengesetzes gefehlt — wir haben gefehlt, weil wir „auf das Gesetz gepiffen haben“ — diese Thatfache würde ungewisshaft verbunkelt werden, wenn wir nun auf einmal, gleich nach Zusammentritt des neuen Reichstages, mit einem Antrag auf Abschaffung des Sozialistengesetzes hervorträten. Die Feinde würden sagen: „Seht, mit ihrer stolzen Haltung, mit ihrer „Würdigkeit“ dem Sozialistengesetz gegenüber war es den Herren Sozialdemokraten nicht Ernst. Sie haben bloß so tapfer gethan, um sich eine bessere Position zu verschaffen — und jetzt, da sie dieselbe wirklich erlangt haben, denüßen sie die erste Gelegenheit, ihre Wahlsiege opportunistisch zu eskompiren und den Reichstag um Befreiung des Sozialistengesetzes zu bitten, das ihnen trotz all' ihrer Renommistereien denn doch sehr in's Fleisch geschnitten hat und schneidet.“

So und nicht anders würde ein derartiger Antrag gedeutet werden. Wie vorsichtig wir gerade jetzt sein müssen, wo in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf uns gerichtet ist, und wie leicht gerade jetzt Mißdeutungen hervorgerufen werden können, das wird ja auf's Schlagendste durch die Schlussfolgerungen bewiesen, zu denen jene Ausführungen des „Sozialdemokrat“ Anlaß gegeben haben.

Gewählt sei hier noch, daß der Gedanke, die sozialdemokratische Fraktion werde sofort nach Zusammentritt des neuen Reichstages einen Antrag auf Aufhebung des Sozialistengesetzes einbringen, zuerst in der „Frankfurter Zeitung“, also einem gemäßigteren Blatte, ausgetaucht ist, und daß unseres Wissens sich innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion noch keine Stimme zu Gunsten eines solchen Antrags ausgesprochen hat.

Was nun die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion anbetrifft, so bedarf es keiner besonderen Argumentation, daß die Vernehmung unserer Abgeordneten eine wesentliche Veränderung unserer Taktik nicht bedingen kann. Die Gewählten sind gewählt worden als Kandidaten der Sozialdemokratie — und zwar der Sozialdemokratie, wie sie war und wie sie ist, d. h. wie sie sich bisher in ihrem Programm und ihrem Handeln dem Volke vor- und dargestellt hat.

Bei keiner früheren Reichstagswahl — das wurde schon während des Wahlkampfes in dem Parteiprogramm betont — hat die Partei in ihrer Gesamtheit und Einheit eine so prinzipiell korrekte Haltung eingenommen und ihre Grundsätze und Ziele so rückhaltlos bekannt wie diesmal. Nicht als „lammfromme parlamentarische Paulusse“ sind unsere Kandidaten gewählt worden, sondern als „ungeberdige revolutionäre Saulusse“ — als Männer, die mit der herrschenden Korruption nicht paktiren, mit keinem Antrage einen Kompromiß eingehen wollen.

Kurz, gerade die bisherige Taktik der Partei hat durch den Ausfall der heutigen Wahl ihre glänzendste Befähigung erhalten.

Herr Eugen Richter, der eine Wahlniederlage erlitten hat, mag und muß über eine veränderte Taktik nachdenken; die deutsche Sozialdemokratie, die ihrer Taktik einen herrlichen Wahlsieg verdankt, kann wohl an Verbesserung — denn „zufrieden“ dürfen wir nie

maß sein — nimmermehr aber an Veränderung ihrer Taktik denken.

Ob wir 24 Abgeordnete haben oder 13, in Bezug auf unseren Antheil an positiver Gesetzgebung ist das einerlei. Mit 24 Abgeordneten haben wir ebensoviele eine Majorität wie mit 13, und so wird wohl Niemand sein, zu glauben, durch unseren Wahlsieg seien unsere Feinde plötzlich besetzt und aus selbstthätigen, eigenmächtigen Vertretern des Klassenstaates plötzlich in schwärmerische Reichthumsbeglückter umgewandelt worden.

Rein — die Lehre des letzten Wahlskampfes wollen wir, gleich seinen anderen Lehren, wahrlich nicht vergessen, daß der Sozialdemokratie gegenüber alle übrigen Parteien sich solidarisch fühlen und „eine reaktionäre Masse“ bilden.

Der Unterschied gegen früher besteht nur darin, daß wir jetzt nicht mehr verhindert sind, programmatische Anträge einzubringen, und in Gestalt von Anträgen unseren Forderungen und Anschauungen Ausdruck zu verschaffen.

Und ferner, daß 24 Männer eine größere Summe von Arbeit zu leisten im Stande sind als 13.

Das ist Alles.

Von einem prinzipiellen Unterschied kann nicht die Rede sein. Mit den erhöhten Pflichten und gesteigerten Anforderungen erwachsen uns aber auch größere Gefahren. Dessen sind wir uns voll bewußt. Der Parlamentarismus hat etwas Bergstübchen und Entmannendes. Geben wir uns ihm hin, so sind wir verloren. Unter allen Umständen muß festgehalten werden, daß der Parlamentarismus — das Wort hier im Sinne von parlamentarischer Thätigkeit gebraucht — uns nur Mittel ist, nicht Zweck.

Wohlan, wir werden das Mittel niemals zum Zweck werden lassen — die Partei würde unbefugt sein. Die Erwählten der deutschen Sozialdemokratie werden auf dem glatten Parlamentarismus, das schon Vielen verberbtlich geworden ist, nicht zu Falle kommen.

Vorliegendem Artikel aus der Feder eines unserer hervorragendsten Vorkämpfer haben wir uns seitens Folgendes hinzuzufügen.

Wenn das „Berliner Tageblatt“ aus unserem Artikel in Nr. 46 ein „Damasus“ hat herauslesen wollen, so läßt uns das sehr kühl. Gegen Mißdeutungen kann man sich eben nicht schüzen; haben doch unsere Gegner auch aus dem Wahlmanifeste unserer Partei bereits ein „Damasus“ herauslesen wollen. Daß wir thätig bezüglich der Aufgaben unserer Partei im Reichstag mit dem Eifersten durchaus einverstanden sind, ergibt sich, wenn wirklich der oben erwähnte Artikel einen Zweifel zulassen sollte, aus den seitdem erschienenen Nummern unseres Blattes bis zur Evidenz. Und so leid es uns thäte, auch nur einen Augenblick von unserem werthen Mitstreiter mißverstanden worden zu sein, so sehr freut es uns, diese unsere thätigste Uebereinstimmung mit ihm in allen wesentlichen Punkten ausdrücklich konstatieren zu können.

Was nun die Frage der Beseitigung des Sozialistengesetzes anbelangt, so haben wir allerdings der Vermuthung Ausdruck gegeben, daß unsere Abgeordneten einen diesbezüglichen Antrag einbringen würden, — wozu wir übrigens nicht durch die „Frankfurter Zeitung“ veranlaßt wurden, sondern durch Organe, welche wir eher für unternützlich halten würden — wir gestehen aber gerne zu, daß bei einem derartigen Antrag vorher sehr sorgfältig erwogen werden muß, ob er nicht gerade von unseren Gegnern als ein Vorwand benutzt werden könnte, im entgegengekehrten Sinne zu stimmen. Und daß wir unseren Gegnern für ihre Gefinnungskumperei keinen Vorwand zu liefern haben, steht außer Frage. Schließlich müssen dieselben ja ohnehin binnen Jahresfrist in dieser Beziehung Farbe bekennen. Ja, schon bei der bevorstehenden Debatte über die diesjährige „Denkschrift, den kleinen Belagerungsstand betreffend“, wird man den Herren ganz gehörig auf den Hals fühlen können. Wie wir also schon in Nr. 47 erklärt, überlassen wir es ganz selbstverständlich der Fraktion, das Jür und Wiber zu erwägen.

Rur Eines möchten wir in dieser Beziehung noch besonders betonen, was nach unserer Ansicht nie außer Acht gelassen werden sollte. Man spricht immer von der Wirkung des Sozialistengesetzes auf unsere Partei, ob es derselben geschadet oder genützt habe u. Wir meinen, das ist eine Frage, über welche die Gegner sich herumstreiten mögen, die aber für uns Sozialisten ganz und gar gleichgültig ist. Die Sozialdemokratie wird mit oder ohne Sozialistengesetz ihren Weg gehen, als Partei „pfeifen wir auf das Gesetz“, darüber kann kein Zweifel obwalten. Aber das Sozialistengesetz, das unsere Partei weder vernichtet, noch auch nur aufhalten kann, schädigt ganz enorm die Arbeiter als Klasse. Es lähmt in außerordentlicher Weise die Organisationen der Arbeiter zur Wahrung ihrer Klasseninteressen. Dant ihm schwebt über allen Arbeitervereinigungen, welchem Zwecke dieselben auch immer gewidmet sind: Bildungs-, Geselligkeits- oder Berufswesen, das Damoklesschwert der polizeilichen Auflösung, was in 99 von 100 Fällen gleichbedeutend mit einem Verbote derselben, und in dem einen Falle, wo solche Vereinigungen trotzdem bestehen, sie an einer freien Entfaltung hindert, sie unter eine entwürdigende Vormundschaft zwingt. Auf diese Wirkung des Sozialistengesetzes, die ja angeblich nicht beachtet wurde, aber thätigst erzieht worden ist, haben wir nach unserer Ansicht das Hauptgewicht zu legen, mit Bezug auf sie unseren Gegnern, die ja bei den Wahlen nicht genug von ihrer Arbeiterfreundlichkeit zu sagen wußten, zu zeigen: Jetzt beweist durch die That, was ihr in euren Reden erklärt habt; wer es ehrlich meint mit der Arbeiterklasse, der darf ein Gesetz nicht fortbestehen lassen, das ihr ein unwürdiges Joch auferlegt!

Nicht im speziellen Interesse unserer Partei, sondern im allgemeinen Interesse der Arbeiterklasse fordern wir die Aufhebung des Sozialistengesetzes. Denn daß die Arbeiter thätigst sich durch das Sozialistengesetz beeinträchtigt fühlen, haben sie am 28. Oktober in nicht unguvernehmender Weise dokumentirt.

„Unser Liebling“.

Ein Zeitbild.

Vom Rhein.

Als nach dem „glorreichen Kriege gegen unsern Erbfeind“ das neue deutsche Reich, das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitze, gegründet wurde, schossen in allen Städten Singpielhallen, vulgo Tingeltangel, wie Pilze aus der Erde. Unter dem pomphaften Titel: Kaiserhalle, Kaiseraal, Balhalla u. s. w. boten und bieten sie dem kunstliebenden Publikum schlechtes Vier resp. Wein und miserbelen Gesang. Die Künstlerinnen probieren sich mit ihrer dreistrompetenartigen Stimme, und erregen durch ihre Zoten und Jweil, richtiger Einbeutigkeiten einen wahren Wellsturm bei dem gebildeten wein- und bierbesessenen Publikum. Nach Schluß der Vorstellung sind sie auch gern erdötig, gegen nicht zu farges Einzelt ihr horizontales Handwerk zu üben, wie es der alte Gynkler Heine nennt. An den Wänden des Lokals erblickt man die Bilder der vaterländischen Helden, und der Heldengreis Wilhelm der Siegreiche nicht verstandmäßig in Gestalt einer meist sehr ange-schmachten Gypsfigur huldvoll auf die Versammelten, die Edelsten der Nation, die Blüthe des Bürgerthums, hernieder. Zur Zeit der Kirmessen, Jahrmärkte u. s. w. steigen diese Künstlerinnen auch in den kleineren Städten und sogar auf den Dörfern „zum Volke herab“, und „die berühmte Hopspernfängerin Arabella aus Berlin“ (rectius Caroline Reger aus Buxtehude) produziert sich einem hochverehrten Publikum, das offenen Mundes die etwas knapp gekleidete Fee anstarrt. Die Zoten schlagen durch, das Publikum geräth in Begeisterung. Da plötzlich beginnt die Sängerin ein Lied: „Unser Liebling“, dessen Text so dumme ist, daß es die Druckerwürmer nicht werth ist. Es handelt von den Heldenthaten des Heldengreises, und der Hetrain: „Kaiser Wilhelm hoch, Deutschlands Schirm und Hort“ wird von der ganzen Ronde frenetisch mitgehüllt, wozu dann die Künstlerin den Takt in sehr — taktvoller Weise mit den Beinen angibt. Es wird da capo verlangt, und noch einmal geht der Trudel los. Text, Musik, Künstlerin, Stimme, Publikum, Alles paßt vorzüglich zusammen, und wenn der Heldengreis nicht als Gypsfigur, sondern in Person jugen wäre, wahrlich, er würde gerührt werden von der Liebe seiner getreuen Unterthanen.

Einen gemüthlichen Menschen würde es allerdings geniren — ich spitzelt würde mich schämen, wenn mein Lob aus solchem Munde oder in solcher Gesellschaft gesungen würde — aber das scheint ja „höheren Orts“ nicht

der Fall zu sein, sonst würde doch wohl die allwissende Polizei einen Stod vor diese rührende Begeisterung stellen, was bekanntlich nicht geschieht. Im Gegentheil: der Herr Amtmann und der Herr Bürgermeister sitzen vertraulich dabei, hören schmunzelnd dem Spiele zu und streiten sich darüber, zu wie viel Theilen die Künstlerin aus Natur und zu wie viel Theilen sie aus Kunst besteht. „Was sie hatte, war von Wutte,“ meint der Eine, aber der Andere, kindlichen Gemüthes, will wohl schwören, daß sie so echt sei wie ihr Patriotismus, und darin mag er recht haben. Und wenn sie endlich das Lokal verlassen, — schwer beladen schwankt der Wagen — so seufzen sie in ihrer Herzensbetrübnis darüber, daß die bösen Sozialdemokraten so sehr überhand nehmen, die ja die Ehe abschaffen wollen, und denen weder Religion (hu!) noch Moral (hu! hu!) noch sonst etwas heilig ist. Und bestreiten sie endlich das schöngedorbete Lager an der Seite der lebenden Gattin, so schweben ihnen noch im Traume die prallen Waden und sonstigen Requiriten der besagten Arabella vor, und am andern Tage erzählen sie mit Hochgenuss, daß der Patriotismus, Gott sei Dank, doch noch immer in herrlicher Blüthe steht, trotz Sozialdemokratie und geandrer Bernunft.

Das Eine muß man den Künstlerinnen lassen: sie kennen das gebildete Publikum und wissen, was sie ihm bieten können. Vor Allem aber fühlen sie instinktiv, wo ihr Schutzpatron sich befindet. Sie wissen, daß der Heldengreis ihrem Retter hold ist, und mit Vorliebe den Künstlerinnen zusieht, die in Anbetracht der schlechten Zeiten sich möglichst knapp kleiden und die Kunst mit dem Weinen machen. Sollten die Tingeltangeln sich dem heutigen Zeitgeiste fügen, vielleicht über kurz oder lang zu einer Innung mit korporativen Rechten, mit Lehrlings-, Gesellen- und Meisterprüfung vereinigen, so müßten sie (Keremann mit der weißen Weste, wo bist du!) nur getrost dem Heldengreis das Protektorat anbieten, er wird es sicher mit Hochgefühl annehmen, denn für das Epigonalische hat Hochbersele bekanntlich (wenn es nicht gar zu alibaden ist) ein beneidenswerthes Verständnis und eine rührende Vorliebe. Wundern sollte es mich übrigens nicht, wenn wir nächstens im „Reichs-Anzeiger“ lesen: „Ihre Majestät haben allergnädigst geruht, den Tingeltangeldirektor Lehmann zum Geheimen Hofrath zu ernennen, und der Tingeltangelin Caroline Reger den rothen Adlerorden mit der Schleife zu verleihen.“ Dem Verdienste keine Krone.

Ein preussischer Dorfschulmeister, der in Bezug auf Volksschulbildung ganz polizeiwidrige Ansichten hegt.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 3. Dezember 1884.

In der Reichstags-Sitzung vom 26. November sprach, anlässlich des bekannten Diätenantrags, Bismarck nach seiner Gewohnheit über alle möglichen und unmöglichen Dinge und kam auch auf die Sozialdemokratie zu reden. Bei dieser Gelegenheit brachte er, wiederum nach seiner Gewohnheit, allerlei kontusale Zeug vor und wärmte verschiedene alten Kohl auf — daß wir Sozialdemokraten nur verneinen könnten und nichts Positives vorschlagen wüßten, daß er uns gerne eine Provinz (Kamerun oder Klein-Popo?) als Berufsfeld einkommen wolle und ähnliche Wüßchen höchst zweifelhaften Alters und Werthes. Der Mann wird offenbar alt. Aber er sagte auch Einiges, was uns interessiert, nämlich: die Sozialdemokraten seien ein nützliches Element im Staate, und ihnen sei es zu verdanken, daß mit der Sozialreform endlich ein Anfang gemacht werde.

Man wollen wir nicht die Qualität der „Sozialreform“ untersuchen, welche Bismarck verzapft; aber wir nageln das Geständniß fest.

Bismarck hat da in der That einmal die Wahrheit gesagt. Ohne die deutsche Sozialdemokratie wäre die Sozialreform niemals auf das Programm der deutschen Parteien und Regierungen gekommen. Doch wie erkläre ich sich, daß derselbe Mann, welcher so unumwunden die Berechtigung und die Verdienste der Sozialdemokratie anerkennt, der Vater des infamen Sozialistengesetzes ist und die so „nützliche“ und berechtigte Sozialdemokratie auf's Keuferste verfolgt und zu vernichten trachtet? Was müssen wir von der Ehrlichkeit eines solchen Mannes halten, bei welchem Worte und Handlungen in so flagrantem Widerspruch stehen?

Hätte Bismarck die deutschen Sozialdemokraten für gemeingefährliche Verbrecher, dann wäre das Sozialistengesetz wenigstens logisch. Er hält dieselben aber für „nützliche Elemente“ — und wenn er sie nichtsdestoweniger mit der Schlinge des Sozialistengesetzes zu erdroffeln sucht, so handelt er also wider besseres Wissen.

Dies über die moralische Seite seines Verhaltens. Jetzt zur politischen.

Herr Bismarck will offenbar den Glauben in uns erwecken, er meine es au fond ganz gut mit der Sozialdemokratie — hat er uns doch ein drittes Duzend von Abgeordneten gnädigst bewilligt!

Woher dieser plötzliche Wunsch, uns zu gefallen? Die Antwort ist sehr einfach.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bei den letzten Wahlen den Herrn Reichskanzler ihre Macht fühlen lassen. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Bismarck'sche Wahlkampagne an der Haltung der deutschen Sozialdemokratie gescheitert ist. Hätten wir uns zu demselben gegen die fortschrittliche Bourgeoisie hergegeben und die Sozialreform des Junkers Otto für bare Münze genommen, so wäre Bismarck Herr der parlamentarischen Situation. Die Deutschfreisinnigen wären vollständig an die Wand gedrückt worden, und Bismarck hätte eine feste Majorität.

Wir haben ihm dieses Spiel verdrorben.

Bekehrten wir uns noch nachträglich, überzeugen wir uns von den guten Absichten des dieberischen Otto und stellen wir ihm unsere Stimmen zur Verfügung, dann könnte er trotz alledem mit diesem Reichstag fertig werden. Darum die jährtlichen Liebeswerbungen!

Der Herr Reichskanzler möge die Mühe sparen! Wir sind nicht auf seinen Leim gegangen und werden nicht darauf geben. Wir brauchen seine Erlaubniß nicht, um uns das dritte Duzend zu holen. Ohne ihn und gegen ihn werden wir uns nicht bloß dies holen, sondern noch viel mehr.

Vom Arbeitsmarkt. Ueber die Lage der Sammt- und Seiden-Industrie wird der „Frankfurter Zeitung“ unterm 25. November aus Erfeld geschrieben:

„Seit unserem letzten Berichte zu Anfang dieses Monats ist der Markt für Sammt- und Seidenwaren nur noch stiller geworden. Die Reisenden kehren entmüthigt vom inländischen wie von den ausländischen Märkten zurück, das Geschäft für die Seidentextil-Industrie ist heute absolut todt. Im Süden, wo während der Cholerazeit das Geschäft vollständig ruhte, trifft man volle Lager, in Deutschland häufen sich die Lager mehr und mehr bei absolut mangelndem Absatz an, die Märkte in Frankreich und England sind recht schlecht (ersterer steht unter dem Druck der noch nicht geschwundenen Choleraepidemie und großen Arbeiterkrisen), und auch in das amerikanische Geschäft ist bislang noch nicht das Vertrauen zurückgekehrt. „Kleine Verkäufe“ so schreibt man uns von Newport über die allgemeine Geschäftslage, finden zu schlechten Preisen statt. Man versucht wohl von gemisser Seite etwas Begehrteswerthes in den Markt zu werfen, aber der Begehr ist die Zukunft bleibt völlig unentschieden, und das einzig Positive, was wir berichten können, ist, daß die Preise für Stapelwaren aller Art so niedrig sind, daß die Fabrikanten lieber ihre Betriebe schließen und mit ihrem Lager spekulieren, als daß sie sich zu ferneren Preisreduktionen herbeilassen. Diese That-sache bezieht sich nicht etwa auf eine bestimmte Waarengattung, sondern überhaupt auf alle Handelswaren. Bei den Käufern ist absolut keine Neigung vorhanden, über den momentanen Bedarf hinauszugehen. Unsere Fabriken, und zwar sowohl in der Sammt- als in der Stoff-Industrie, sind heute für feste Bestellungen so zu sagen gar nicht beschäftigt, ein großer Theil der Handwebstühle steht still, lediglich aus humanen (?) Rücksichten werden drange, festige, geschickte Weber von den Fabrikanten durch Anfertigung von Lagerwaren weiter in Beschäftigung erhalten. Die mechanische Fabrik, in welcher ja schließlich einmal die ganze Sammt- und Seidenweberei aufgehen muß — denn davor die Augen zu schließen und nicht bei Zeiten lang-

sam Fabrikant wie Weber auf diesen nothwendigen Wechsel in der Produktion immer wieder hinzuweisen, damit auch der Wechsel des Lebensberufes einer großen Zahl von Arbeitern sich allmählig und geordnet vollziehe, heize die Kulle des Bogel Strauß spielen — hat ebenfallig ihre Thätigkeit bedeutend eingeschränkt. So können wir uns denn heute eigentlich nur mit der nahen Zukunft beschäftigen, und aus den jarten Andeutungen des Begehrs, aus den Dispositionen und Engagementen der maßgebenderen Engros-Käufer hier wie anderwärts Rückschlüsse auf die nahen Aussichten des Sammt- und Seidengeschäftes zu ziehen versuchen. Man ist allgemein der Ansicht, daß das Frühjahr — der Winter ist verloren — eine entschiedene Wendung zum Besseren, weniger allerdings für die Stoffbranche, wie für Sammt, bringen wird. Façonirte Sammt-, Klein- und großemusterte, werden für Kleiderzwecke wiederum verwendet werden; und zwar ist außer Satins-Fonds, wie seither, auch Armure-, Ottoman- und Kaps-Fonds disponirt worden. Auch für Putzweide erwartet man wiederum Nachfrage nach glatten Sammtten, wenn auch augenblicklich das Geschäft gerade in diesem Artikel total darniederliegt. Hoffentlich werden sich bei eintretendem Begehr auch die heute so überaus gedrückten Preise wieder. Daß die Fabrik in Sammtten aber nicht mehr in demselben Umfange beschäftigt werden wird, wie im Jahre 1883, bedarf angeichts der überfüllten Lager, sowohl in erster wie zweiter Hand, kaum der Beweisführung.“

Man, die Hoffnung auf eine „entschiedene Wendung zum Besseren“ ist, wie man sieht, keineswegs sehr trocken, angeichts eines so trostlosen Zustandes der Dinge, wie er vorher geschildert wurde. Die Lager überall überfüllt, und die Preise so gedrückt wie nur je. „Die Fabrikanten ziehen es vor, mit ihrem Lager zu spekulieren“ — ein sehr zweckmäßiges Beginnen, welches darauf hinausläuft, die „Berliner“ ganz vom Markte zu verdrängen, der Konzentration in wenige Hände Vorschub zu leisten. Interessant ist auch das sachmännische Geständniß, daß „die ganze Sammt- und Seidenweberei schließlich in die mechanische Fabrik aufgehen muß“ — trotz der Façon-Sammtweberei, in welcher man noch vor Jahresfrist die Rettung der selbstständigen Webermeister erblicken wollte. Alles in Allem predigt der obige Bericht auf's Eindringlichste die Nothwendigkeit der gesellschaftlichen Regelung der Produktion, und als ersten Schritt dazu den gesetzlichen Maximalarbeitsstag.

Lügen haben kurze Beine. Von Jahr zu Jahr sind die Nettoe, welche die Verhängung bzw. Verlängerung des kleinen Belagerungsstatus des rechtfertigen sollten, schwächer ausgefallen, und zwar aus dem ganz natürlichen Grunde, weil sich die Haltlosigkeit der Angaben, welche man für diese Proklamirung des Faustrechts in's Feld führte, von Jahr zu Jahr mehr herausstellte, und Herr Putzkamer und Konjunktoren daher gezwungen waren, einen Borwand nach dem andern fallen zu lassen. So sind je denn schließlich diesmal gezwungen, fast ihr ganzes Material aus dem Ausland zu holen. Weil die Arbeiter im Ausland hier und da „Ausfahrungen“ begehen, was beidseitig nur bei den getreuen Freunden von Skiernewice zu Ausnahmeregeln benutzt wird, muß über die Arbeiter von Hamburg, Berlin und Leipzig, die keine Ausfahrungen begehen, das Damoklesschwert der Ausweisung gehängt werden, das dieselben erhaltungsgemäß trifft, nicht wenn sie Ausfahrungen verdrängen, sondern wenn es der Polizei beliebt, sie ihre Macht fühlen zu lassen. Man höre nur:

„Bei der Gleichgültigkeit der Anschauungen und Bestrebungen der deutschen und der ausländischen Sozialdemokratie und bei dem lebhaftesten Verkehr, welchen die Parteigenossen der einzelnen Länder mit einander und namentlich mit den Anhängern der Partei, in den Haupttagungszentren unterhalten, erschien die Annahme nicht ungerathen, daß, wie in einzelnen anderen Ländern, Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit durch die Sozialdemokratie beinahe schon zur Tagesordnung gehören, auch in Berlin der Boden für solche Störungen schon vorbereitet ist (!) und daß es nur der strengen Anwendung des Ausnahmengesetzes zuzuschreiben war, wenn erhebliche Ausschreitungen der Sozialdemokratie hier nicht vorgekommen sind. Zu den wichtigsten Mitteln bei Bekämpfung der letzteren gehören aber die in § 28 des Gesetzes vom 19. Oktober 1878 vorgesehene, insbesondere die Ausweisungsbefugniß. Die weitere Ertheilung der in demselben den Behörden gegebenen außerordentlichen Vollmachten war gerade jetzt um so nothwendiger, als die Zunahme der anarchistischen Verbrechen es durchaus geboten erschienen ließ, die Bildung etwaiger gemeiner anarchistischer Gruppen hieselbst und die Anknüpfung persönlicher Beziehungen zwischen auswärtigen Agitatoren und Berliner Wesnungsgenossen womöglich im Keime zu ersticken.“

Eine fadensteinerige Begründung für eine so außerordentliche Vollmacht, wie sie die Ausweisungsbefugniß in sich begriff, ist wohl kaum je einer Volksvertretung geboten worden. Schon aus Selbstachtung müßte der Reichstag, wenn er nur einen Funken von Ehrgefühl behälte, sie als ungenügend zurückweisen. Nun, wir werden ja sehen, wie weit dieses Gefühl bei den Herren entwickelt ist. Im Volke ist das Sozialistengesetz längst gerichtet. Wenn man gesagt hat, daß im Jahre 1878 bei einer allgemeinen Volksabstimmung das Sozialistengesetz vom deutschen Volke mit großer Majorität angenommen worden wäre, so mag das angeichts des mit allen Mitteln künstlich geschnittenen Attentatsfieders allenfalls den Anschein einer Berechtigung haben, heute aber liegen die Dinge unbedingt umgekehrt, heute will die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes absolut nichts vom Sozialistengesetz wissen, denn die Ordnungsparteien und das heutige Wirtschaftssystem haben sich gründlich abgewirrhigelt, und — Lügen haben kurze Beine.

Aus dem Reichstage. Der von den Fortschrittlichen eingebrachte Diätenantrag führte zu ziemlich stürmischen Debatten, an denen sich auch Bismarck lebhaft betheiligte. Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion sprach Kuer, welcher die Stellung der Reichsregierung zur Diätenfrage mit der angeblichen „Fürsorge für den armen Mann“ in Kontrast brachte, und der Regierung vorwarf, daß sie den Reichstag systematisch degradiren wolle, wie sich auch in der berühmten Freikarten-Affaire gezeigt habe, — daß aber die Sozialdemokratie allen Versuchen des eisernen Reichskanzlers, die Rechte der Volksvertretung zu beschneiden, einen stählernen Widerstand entgegenzusetzen werde. Die Temperatur des Reichstags war eine sehr schwüle, und gewisse Angstmeier prophezeiten bereits eine Auflösung! Fürst Bismarck wird sich hüten! Hat er aber Lust, seine reichskanzlerischen Finger zu verbrennen, nun — so mag er es thun: uns kann es recht sein, wenn er — um einen glücklichen Ausdruck des Herrn Schorlemer-Riß zu gebrauchen — das uns sehr nützliche Geschäft fortsetzt: Rational-liberale zu säen und Sozialdemokraten zu ernten.

In der Budgetdebatte, welche die Sitzungen des 27. und 28. November ausfüllte, zerplückte Bedel den Reichshaushalt, wies an demselben den Bankrott der heutigen Gesellschaftsordnung nach, und unterzog das herrschende Regierungs- und Wirtschaftssystem einer eingehenden und scharfen Kritik, wobei es auch nicht an der gebührenden Antwort auf die Wüßchen des Herrn Reichskanzlers in der Diäten-debatte fehlte.

Ein verdächtiges Präsent. Es wird jetzt in Deutschland viel Aufhebens gemacht von Arbeitsämtern, deren Einrichtung die Reichsregierung, natürlich im „Arbeiterinteresse“, plane, und welche sich speziell mit Nachweifen über den Stand des Arbeitsmarktes an den verschiedenen Orten und in den verschiedenen Branchen befassen sollen. Die Angaben über die Art und Weise, wie man sich an dieser Stelle die Zusammenfassung und die Geschäftsführung dieser Arbeitsämter denkt, sind noch sehr verschwommen; so viel geht aber aus ihnen schon jetzt hervor, daß die Arbeiter alle Ursache haben, vor dem Segen dieser neuen „Vorbereitungseinrichtung“ energisch auf der Quat zu stehen. Schon jetzt schloßt die reaktionäre Presse, daß den Gemeinden und Ortsbehörden in Zukunft die „Vorbereitung“ wesentlich erleichtert werden wird, d. h. man wird die Aufstellungen der Arbeitsämter dazu benutzen, gewissen Leuten, die immer Arbeitermangel haben, weil es kein Arbeiter lange bei ihnen aushält, immer frisches Ausbeutungsmaterial zuzuteilen. Man braucht sich nur die Frage vorzulegen, wer den Arbeitsämtern das Material über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zu liefern haben wird. Natürlich die Herren Unternehm. Werden die Beamten dieser Arbeitsämter von den Behörden angestellt, so haben sie ganz einfach „unparteiisch“ diese Mittheilungen zu verzeichnen — unparteiisch heißt aber in diesem Fall parteiisch für die Herren Unternehmer. Namentlich würde sich das bei Lohn-differenzen und ähnlichen Gelegenheiten zeigen. Bei dem heutigen Stand

der Dinge, angeht die stetig wachsenden industriellen Reservearmee, wären Arbeitsämter ein vortreffliches Mittel, die Lebenshaltung der Arbeiter herab zu drücken.

Ein viel geeigneteres Mittel, die Arbeiter den Klauen der sogenannten Stellenvermittlungsbüros zu entreißen, sie über die Verhältnisse des Arbeitsmarktes zu orientieren, wäre die Einrichtung von Arbeiterkammern, wie sie im vorigen Jahre in der Stuttgarter „Neuen Zeit“ angeregt wurde. Der Arbeitsnachweis, wenn er wirklich den Arbeitern zu Gute kommen soll, muß unter die Kontrolle von Vertrauensmännern der Arbeiter gestellt werden. Für die Begleitung vom grünen Tisch her danken die Arbeiter bestens; bisher haben noch alle Wohlthaten, die man ihnen so fürsorglich von oben her zu Theil werden ließ, einen fatal bitteren Beigeschmack gehabt.

Uebrigens werden unsere Vertreter im Reichstage, wenn die Sache für Sprache kommt, nicht ermangeln, ein kräftiges Wortlein dreinzureden.

Zur Kongo-Konferenz. Wie die Zivilisation beschaffen ist, welche die Bourgeoisie aller Länder im Kongobekken verbreiten wird, sobald dasselbe erst, gemäß den Abmachungen der Konferenz, dem internationalen Handel freigegeben ist, dafür wollen wir die Stimmen mehrerer berühmter deutscher Afrikareisenden vernahmen. Vorausgeschickt sei nur, daß das Klima am Kongo für den europäischen Bourgeois, wenn er rational lebt, ziemlich unschädlich, für den europäischen Arbeiter aber unerträglich ist.

„Hier errichtete Faktoreien“ (schreibt der Afrikareisende Max Buchner), „versprechen für die nächsten 50 Jahre noch einen eintägigen Kautschuk- und Elfenbeinhandel. Späterhin würde man den Versuch machen müssen, die Eingeborenen zur Arbeit zu erziehen, allerdings unter Ausschluß übertriebener Humanitätschwärmerei.“

Was dieser Schlußsatz bedeutet, zeigt der folgende, der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ entnommene Satz, der die Ansicht zweier anderer Reisenden: D. Venz und Beschuel-Völsche, zusammenfaßt: „Freilich beruhte die „goldene Zeit“ der portugiesischen Kolonialwirtschaft auf dem Sklavenhandel. Derselbe ist merkwürdigerweise 1878 (!) abgeschafft worden, und schon jetzt spiken sich die Verhältnisse in den portugiesischen Plantagen, für die man an Stelle der freigegebenen Sklaven nur schwer freiwillige Arbeiter findet (!), zu einer bedenklichen Krisis zu.“

Man sieht, es handelt sich darum, die offene Sklaverei durch eine Verhältnisse zu erzeugen — unter Ausschluß übertriebener Humanitätschwärmerei!

Glückliche Neger! Erst wird man euch durch Gewöhnung an europäische Bedürfnisse korrumpieren, dann euch das Land, auf dem ihr wohnt, für einen Spottpreis „abkaufen“, und schließlich werdet ihr zur Arbeit — und was für welcher — erzogen werden! O, es ist ein großartiges Ding um den Zivilisationsdrang unserer Bourgeoisie. Wie haben sie begierig dem fähigen Stanley zugejubelt, als er ihnen jurief: Es gibt 40 Millionen Menschen für das Christenthum zu gewinnen, 60 für den Islam, 20 für den Buddhismus, 10 für den Judentum, 10 für den Heidentum. Man sieht, es handelt sich um das gute Werk beginnen! auf, nach dem Kongo! Wollten wir die armen Neger in's Christenthum ein, gewinnen wir sie für den Konsum von Sterbesiebenern.“ Doch die Zivilisation und der Profit!

Wir aber hören schon im Geiste den Ruf: Fluch über eure Zivilisation, ihr Profitgeier!

Ein Vorschlag in Güte. Zu Bismarcks Reueherung, er wolle uns gern eine Proving in Entreprise geben, damit wir zeigen, was wir zu Stande bringen können, bemerkt die Berliner „Volkzeitung“: „Wenn das wirklich der aufrichtige Wunsch des Herrn Reichskanzlers ist — es ließe sich darüber reden. Vielleicht würde sich das Herzogthum Lauenburg am besten für das Experiment eignen, den Herrn Reichskanzler über die Ziele der Sozialdemokraten aufzuklären und eine dauernde Verständigung herbeizuführen.“

Zu Lauenburg gehört bekanntlich der Schaßenswald, dessen glücklicher Besitzer der Herr Reichskanzler ist. Nun weiß allerdings jeder halbwegs unterrichtete Mensch, daß wir Sozialisten über die Idee, man habe Lauenburg einführten zu wollen, wäre ein Unfinn, was aber die Wirthschaftspolitik anbetrifft, die die Sozialisten auch unter den heutigen Verhältnissen dort befolgen würden, so könnte Bismarck beruhigt darüber sein, der arme Mann — und Bismarck hat ja doch ausschließlich das Wohl des armen Mannes im Auge — der arme Mann im Lande Lauenburg sollte sich nicht zu besorgen haben.

In Wilhelmshafen dokumentirt jetzt das deutsche Reich des Herrn Bismarck seinen „Verzug zur Lösung der sozialen Frage“ im Sinne des „praktischen Christenthums“. Jeder Werftarbeiter, von dem bekannt geworden ist, daß er bei den Wahlen für die sozialdemokratische Kandidatur thätig gewesen ist, wird einfach außer Brad gesetzt. Sechs Genossen sind auf diese Weise bereits der „Fürsorge“ unserer Reichsregierung, für den armen Mann“ zum Opfer gefallen, und 14 Andere stehen auf der Proscriptionsliste. Politisch die Krute oder der Polizeijüdel, ökonomisch die Hungerpeitsche — das ist das letzte Wort des Bismarck'schen Staatssozialismus.

Unter den Verhafteten und mit Wahregelung Bedrohten befinden sich Schlosser, Kesselschmiede, Eisenarbeiter. Wir erwarten, daß die Genossen, wo Gelegenheit ist, Alles ausbieten werden, um diesen Opfern des „praktischen Christenthums“ unserer Gewalthaber wieder ein Unterkommen zu verschaffen. Etwasge Rüttelungen sind an irgend ein Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu richten.

Ueberall Stöckung. In den Vorjahren Wertfräkten, namentlich dem sogenannten Wälzwerk, hat, wie die Berliner „Volkzeitung“ meldet, auch jetzt wieder eine Verminderung der Produktion stattgefunden. Allerdings, heißt es weiter, greift hier die Verwaltung nicht zu dem anderwärts so beliebten Mittel der Arbeiterentlohnung, wenn ungünstige Verhältnisse die Reduktion der Thätigkeit bedingen, sondern man begnügt sich, einen Theil der Arbeiter zu längeren oder kürzeren Arbeitspausen zu bestimmen, wie es jetzt z. B. wieder bei den Schmieden der Fall ist. Für die Betheiligten aber ist auch diese zeitweise Beschäftigung, deren Nothwendigkeit allerdings leider auch von den davon Betroffenen nicht bestritten wird, jedenfalls ebenjo empfindlich, als wenn eine wirkliche Arbeitslosigkeit sie zur Untätigkeit verdammt.

Diese Arbeitspausen sind nur ein sehr irrationeller Nothbehelf im Interesse nicht sowohl der Arbeiter, als vielmehr der „humanen“ Fabrikanten. Das rationelle Mittel heißt Herabsetzung des Arbeitstages.

Beiden Nachwahlen wird in Greiz Biemer (Kürnberg), in Berlin VI Pfannkuch (Kasse) kandidiren. Die Wahl in Berlin ist auf den 12. Dezember festgesetzt, wann die Nachwahl in Greiz stattfinden wird, ist noch nicht bekannt; bei der Stimmung unter den Genossen läßt sich aber nicht daran zweifeln, daß in beiden Kreisen der Wahltag ein Tag des Sieges sein wird.

Aus Amerika erhalten wir von der National-Exekutive der sozialistischen Arbeiterpartei die achte Rate für den Wahlfonds unserer Partei im Betrage von 1500 Franken (1200 Mark). „Der Anfall der Wahlen“ schreibt der Ueberseender, Genosse F. D. König, „hat die hiesigen Genossen zu erneuter Opferthätigkeit angespornt.“ Wir quittiren dieses weitere Zeichen der Solidarität unserer amerikanischen Genossen mit bestem Dank. Ist auch der Wahlkampf vorüber, so kommt ihre Sendung doch nicht zu spät. Viele Ausgaben, die während des Kampfes gemacht wurden, sind noch zu beden, und außerdem hat unsere Partei jetzt dafür zu sorgen, daß ihre Abgeordneten auch in der nötigen Anzahl den Sitzungen beiwohnen können. Wir wollen und werden den Gegnern zeigen, daß, wenn wir auch die Partei der Armen, der „Habenichtse“ sind, wir doch keine Ursache haben, um die Genädigung von Vätern zu betteln. Wir fordern sie als ein Reich der Volksvertretung, wenn man sie aber gerade mit dem Hinweis auf die Arbeiter-

kandidaten verweigert, so werden die Arbeiter wissen, was sie ihren Vertretern schuldig sind.

Eine Berichtigung, der wir mit Vergnügen Raum geben, erhalten wir aus Halle o. d. Saale. Die dortigen Genossen theilen uns nämlich mit, daß sie bei der diesmaligen Reichstagswahl nicht wie in Nr. 44 angegeben 3173, sondern laut amtlicher Feststellung 3529 Stimmen auf Genosse Hasenklever vereinigt. Die höchste Stimmenzahl, welche unsere Partei bei früheren Wahlen in diesem Kreise erzielte, war 2323 im Jahre 1877. Unsere Stimmenzahl ist also um mehr als 50 Prozent gestiegen. Bravo!

Was man im Ausland von unseren Vertretern im Reichstag erwartet. Wir halten es nicht für überflüssig, unter dieser Rubrik die Auslassungen unserer ausländischen oder im Ausland weilenden Genossen zu sammeln, welche Wünsche und Erwartungen bezüglich der Thätigkeit unserer Reichstagsabgeordneten Ausdruck geben. Es ist ja selbstverständlich, daß für Vertreter diese Wünsche und Erwartungen zurücktreten hinter den durch die besonderen Umstände des Kampfes erzielten Kampfesvorschriften, das ist aber noch kein Grund, dieselben pure zu ignoriren. Der Blick des Kampfsenden wird leicht durch Details, die er berücksichtigen muß, so stark in Anspruch genommen, daß der Sinn für das Allgemeine darunter leidet; deshalb soll man auch diejenigen hören, welche das große Ganze mehr im Auge haben.

Unter der Ueberschrift: „Die Aufgaben der deutschen Sozialisten im Reichstag“ schreibt die „Neuporler Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 17. November:

„Haben die Vertreter der Sozialdemokratie im deutschen Reichstage diese (s. weiter unten) Mission auch bisher schon gehabt, so sind sie doch erst jetzt in der Lage, derselben voll und ganz gerecht zu werden. Das Ansehen ihrer Stimmenzahl auf zweidrittelwärtig macht sie von allen anderen Parteien durchaus unabhängig, gibt ihnen die Macht, selbstständig Anträge zu stellen und Interpellationen einzubringen, und erleichtert ihnen damit jene Freiheit der Aktion, ohne welche eine energische Wirksamkeit unmöglich ist. Und damit ist denn auch die Verantwortlichkeit für ihr Thun größer geworden. Verantwortlich sind sie fortan nicht nur für das, was sie thun, sondern auch für das, was sie unterlassen. Ihre Machtmittel sind gewachsen, damit aber auch die Größe der Aufgabe, mit deren Lösung sie von ihren Wählern betraut worden sind.“

Dreifach — so scheint es uns — ist ihre Aufgabe. Mit unerbittlicher Kritik die Vohheit der Bismarck'schen Sozialreform nachzuweisen und die eigentliche Absicht darin, welche dahin geht, die Arbeiter unter dem Vorwand väterlicher Fürsorge politisch zu entnerven, klarzulegen — ist der erste und leichteste Theil dieser Aufgabe.

Den Schwindel-Reform-Vorschlägen der Regierung solche entgegenzustellen, deren Kern — wie die Forderung eines kurzen Normalarbeitstages — echt revolutionär und doch schon unter den heutigen Verhältnissen realisierbar ist; damit sowohl dem Volke die Möglichkeit einer wahren Reform und in der Berwerfung derselben durch Regierung und Liberalismus den bösen Willen beider nachzuweisen — ist der zweite und unter den heutigen Umständen der wichtigste Theil der Aufgabe.

Aus diesen Thatsachen die Nothwendigkeit und Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution vor aller Augen klarzulegen, in deutlicher und nicht mißverständlicher Weise die letzten Ziele der sozialistischen Bewegung festzustellen und zu erklären, und damit eine aufrüttelnde und vorwärtstreibende Agitation und Propaganda zu entwickeln — ist der dritte Punkt der Taktik, der sich aus dem Vorhergehenden von selbst ergibt, und dessen Ausdehnung — auch von den augenblicklichen Verhältnissen abgesehen — der Triebtrieb des deutschen Parlaments erst ihren wahren Werth für die sozialistische Wagnation verleiht.

Wir zweifeln nicht daran, daß unsere Parteigenossen im Reichstage in diesem Sinne operiren und damit den Erwartungen der Sozialisten aller Länder entsprechen werden.“

Deutsches Reich. Aus Wien, 27. November, wird uns geschrieben: Am 23. November wurde von den Vertretern der Wiener Sozialdemokratie ein glänzender Festkommers zur Feier der sozialistischen Wahlen im deutschen Reich abgehalten. Der Festredner beglückwünschte die deutschen Genossen zu ihren großen Erfolgen, die um so höher anzuschlagen seien, als sie unter der Herrschaft eines infamen Ausnahmegerichtes errungen wurden. Es sei nun klar, daß dem Sozialismus die Zukunft und der endgültige Sieg gebühre. Ideen, deren Richtigkeit von der Wissenschaft anerkannt und von der Masse des Volks erfaßt und getragen werden, können nicht mehr zu Grunde gehen. Die Bedeutung der sozialistischen Lehre zeige sich schon darin, daß man sie fassen und entwerfen will; doch nur die Sozialdemokraten dürfen als Vertreter des wahren, des klaren Sozialismus gelten, alle andern sogenannten Sozialisten vom Katheder, von der Kanzel, vom grünen Holz seien nicht als Jünger. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, in das die Versammlung enthusiastisch einstimmte. Im Namen der deutschen Partei dankte ein Genosse aus Berlin, der auf die Solidarität der Interessen aller Arbeiter in allen Ländern hinwies und die Hoffnung aussprach, daß die deutschen Erfolge auch auf die österreichischen Arbeiter ihren klärenden Einfluß üben werden. Er trank auf das Gedeihen der internationalen Sozialdemokratie. Der folgende Redner bezeichnete die Einigkeit des österreichischen Arbeiterstandes als die nothwendige Vorbedingung seiner Erfolge. Der anarchische Strom sei heute schon eingedämmt und abgeleitet, doch noch nicht verlegt. Allein die Verhältnisse seien jetzt besser geworden, und jene erbärmlichen Gesellen, die, theils Polizeispione, theils gewissenlose Mauthenden, ihre Opfer in die Todesgrube lockten und selbst vor der Gefahr Reissens nahmen, werden bald schon den Zusammenbruch ihres Werkes sehen. Der Anarchismus sei bloß eine Erscheinung von episodischer, doch nicht von geschichtlicher Bedeutung. Dazu fehle ihm die innere Wahrheit. Ein wahrhaft revolutionäres System muß in erster Reihe an den Verstand, und erst dann an die Leidenschaft appelliren. Der Redner zweifelt nicht daran, daß die Zeit nicht mehr ferne, in der der letzte anarchische Arbeiter durch innere Einkehr zur Umkehr gelangen werde, sein Hoch gelte deshalb der Einigkeit unter den Arbeitern Oesterreichs.

Es folgten noch verschiedene wilde Toaste, abwechselnd mit Gesangs-vorträgen, musikalischen Produktionen, Deklamationen von Festgedichten und Humoristika. Es ist bemerkenswerth, daß die Sänger, deren Leistungen künstlerhaft waren, die Verfasser der schwinghaften Gedichte und Prosaarbeiten, die Klaviervirtuosen, sowie die Zeichner der drahtigen Kneipzeitung durchgehends Arbeiter waren.

Das Fest, welches ein ganz internes war, also in Abwesenheit des sonst geladenen, doch stets unwillkommenen Polizeivertreters abgehalten wurde, verlief in der amicitiosen Weise und brachte auch dem Partei-fonds ein beträchtliches Erträgniß.

Der Monstre-Prozess gegen die Anarchisten „Hübner und Genossen“ wegen „Erzeugung und Verbreitung verbotener Druckschriften“ in denen Hochverrath, Majestätsbeleidigung und ähnliche Verbrechen enthalten sein sollen, hat mit der Verurtheilung der Angeklagten — trotzdem die Mehrzahl derselben in nicht gerade sehr rühmlicher Weise ihre Harmlosigkeit bezeugten — zu ganz skandalösen Strafen geendet. Die „Mädelsführer“, Schriftsteller Hübner und Bachmann, wurden zu 10 und 12 Jahren schweren Kerkers, verschärft mit einem Festtag im Monat, verurtheilt. Von den weiteren Angeklagten erhielten Prallik S., Brady 12., Haber mann, Stumvoll, Schönauer und Schromm je 4., Bleicher 8., Springer 8., Schreibschner, Doctor, Linzenmayer, Thiel, Rißel und Frau Anna Buchmann je 3 Jahre schweren Kerkers mit Verschärfung!

Diese barbarischen Strafen müssen selbst bei dem größten Gegner des Anarchismus Sympathie mit den Verurtheilten hervorrufen. Sie sind eine Vertheidigung, keine Verurtheilung der anarchischen Taktik. Wo die Justiz zum Dämonien so schmählicher Mache bezeugt wird, darf man sich nicht wundern, wenn bei den ohnehin rechtlosen Arbeitern der Sinn für „Selbsthülfe“ zunimmt. Würden nicht schließlich die Interessen der Arbeiterklasse selbst darunter leiden, wir wären die Letzten, die den österreichischen Sozialisten von Gewaltthaten abriethen. Nicht aus Mitleid für irgend einen hohen Schurken, sondern im Interesse der Arbeiterfrage bekämpfen wir die anarchische Taktik.

Schweiz. Das Obergericht in Zürich hat die wegen Verbreitung des Stellmacher-Plakates angeklagten Anarchisten freigesprochen, bezw. die gegen das freisprechende Erkenntniß des Bezirksgerichts eingelegte Appellation verworfen. Dagegen hat der zürcherische Regierungsrath die Ausweisung der Ausländer unter ihnen: Aeve, Kaufmann und Hauser beim Bundesrathe beantragt. Die radikale schweizerische Presse verhält sich dieser Maßregel gegenüber, wo nicht zustimmend, zum mindesten absolut indifferent. Auch ein Zeichen der Zeit!

Frankreich. Der große Revolutionär und Anarchist Druelle, der, wie wir in voriger Nummer mittheilten, in der großen Arbeitslosen-Versammlung zum Plündern aufforderte, ist als ein ganz gemeiner Polizeikummp entlarvt worden. Die Redaktion des „Cri du Peuple“, welche am Tage nach der Verammlung einen scharfen Artikel aus der Feder ihres Redakteurs Em. Massard gebracht hatte, in welchem Druelle geradezu als Agent provocateur hingestellt wurde, und die deshalb von den Anarchisten und von der in solchen Dingen stets mit denselben gemeinsame Sache machenden „Bataille“ als ein feiges Bourgeoisblatt in Acht und Bann gethan war, hatte eine Anzahl Sozialisten — nicht bloß Anarchisten, wie die „Französische Korrespondenz“ schreibt — zu einer Prüfung des gegen Druelle vorliegenden Materials eingeladen, und diese Kommission, an der theilnahmen: Em. Cudés, A. Goullé, G. Granger vom revolutionären Zentralkomitee (Blanquisten); B. Balon, John Labusquiere, J. Joffrin vom sozialistischen Arbeiterverband; G. Deville, S. Dereure, G. Bland und J. Lepine vom Pariser Arbeiterbund; L. Barrois, A. Gelez von der sozialistischen Allianz; D. Ferré, Tony Grallat, Anarchisten; Constant Martin, anarchischer Kommunist, hat einstimmig erkannt, daß Druelle geheimer Agent der zweiten Kriminalabtheilung ist.

Bis dahin hatte die Polizei Druelle auf freiem Fuß gelassen, kaum war aber ruckbar geworden, daß die Sozialisten Beweismittel gegen Druelle in Händen haben und die Kommission eine zweite Sitzung anberaumt habe, um Druelle persönlich ins Gebet zu nehmen, als dieser plötzlich verhaftet wurde. Natürlich läßt sich kein Mensch in Paris durch dieses Randöver täuschen. Hat es doch die bonapartistische Polizei um kein Haar anders gemacht.

Uebrigens wird die Sache damit nicht ruhen. In der Deputirtenkammer wird der radikale Deputirte Laguerre, im Pariser Gemeinderathe Ed. Bailant die Sache zur Sprache bringen.

Die Anarchisten sind nach dieser Enthüllung etwas kleinlaut geworden; sie gestehen zwar noch nicht zu, daß Druelle Polizeiaгент ist, aber sie wagen es auch nicht zu bestreiten, angeführt der Thatfache, daß zwei der Ihrigen im Komitee saßen. An sich beweist ja diese Enthüllung noch nichts gegen die anarchische Doktrin, für die anarchische Taktik aber ist und bleibt es charakteristisch, daß sie überall Polizeiangenten anlockt oder gar züchtet.

Für die Arbeitslosen-Angelegenheit hat die Affäre die Folge gehabt, daß dieselbe nunmehr von einem Komitee in die Hand genommen worden ist, in welches jede Synkretistkammer (Fachverein) einen Delegirten entsendet. Dadurch wird verhindert, daß bei späteren Versammlungen die Vertreter der Arbeiterorganisationen wie im Louis-Saale niedergebrellt werden. Zudem handelt es sich, den Beweis zu erbringen, daß Arbeitslosigkeit herrscht, nicht bloß, es vor einer Sonntags-versammlung zu proklamiren. Haben doch erst vor wenigen Tagen Herr Spuller, der Vorsitzende der famosen Enquete-Kommission, und Herr Waldeck-Rouffeu mit feder Stirne bestritten, daß Arbeitslosigkeit herrsche!

Herr Ferry hat von der Kammer weitere 43 Millionen zur Fortsetzung des Krieges mit China bewilligt erhalten. Das französische Budget ist so groß wie kein zweites, das Defizit wird von Jahr zu Jahr größer, aber was thut das? Es handelt sich ja um Kolonien, und für Kolonien opfert der Bourgeois heutzutage gern den letzten Groschen — seiner Mitbürger. Sie sind seine letzte Rettung. Heien auch die Kolonien dem verfahrenen Karren unseres heutigen Wirthschaftssystems nicht aus dem Dred, dann abieu Bourgeoisheitlichkeit! Und sie werden ihm nicht aus dem Dred helfen.

Kachtrag. In einer zweiten Sitzung der Untersuchungskommission, zu der noch mehrere Personen zugezogen wurden (u. A. Herr Paul Brouffe, sowie auf Wunsch der anarchischen Gruppen der Anarchist Demery Dufoug), wurden noch mehrere Personen, welche sich in die verschiedenen Arbeiterorganisationen eingedrängt hatten, als Polizeiangenten entlarvt. Das Material über Druelle wurde einer Kommission von sieben Anarchisten bereitwillig zur Kenntnissnahme übergeben.

Auf der Polizei herrscht natürlich große Verärgerung und Wuth über diese fatalen Enthüllungen. Man möchte um jeden Preis den Beamten ermitteln, der der Redaktion des „Cri du Peuple“ das Beweismaterial verschafft hat. Verschiedene Mitglieder der Kommission werden fortgesetzt von Geheimpolizisten beobachtet. Nun, die Herren mögen thun, was sie wollen, sie können die Thatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es ein notorischer Polizeiaгент war der, die Arbeitslosen am lautesten zu Nord und Kländerung ansetzte, daß die Versammlung vom vorigen Sonntag in der That dazu dienen sollte, die Nothwendigkeit der starken Regierung des Herrn Ferry nachzuweisen.

Weitere Glückwünsch-Adressen.

An die Kämpfer der sozialdemokratischen Partei in Deutschland!

Die Wahlergebnisse sind nunmehr bekannt, und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei in Holland ist über den glänzenden Sieg, welchen die Genossen in Deutschland unter so schweren und mühevollen Umständen errungen haben, so erfreut, daß wir nicht umhin können, unserer Genugthuung darüber schriftlichen Ausdruck zu geben.

Ein Jahr unseres Lebens geben wir gern hin für solchen Sieg; die ganze, sich selbst bewußte Arbeiterpartei in allen Ländern der Welt freiet ihr als den Ihrigen. Wie der 14. Juli für die französische Revolution von 1789 immer ein denkwürdiger Tag ist, so steht auch der 28. Oktober mit goldenen Aeffern eingetragener im Jahrbuch der Geschichte. Glückaus, Brüder! Ihr habt nicht für Euch allein gestritten, nein, auch für uns; denn wir, der jüngere Bruder, fühlen uns entzückt zu neuen Opfern, zu frischer Dingegebung, wo der Aeltere so kräftig vorangeht. Wir hoffen, wenn der Tag der Rache andrückt, daß wir bereit sein werden, neben Euch zu stehen und Curer nicht unwürdig zu sein. Das Herz aller Genossen schlägt warm, so oft man an den Wuth und die Opferwilligkeit gedenkt, mit der Ihr streitet gegen die Gewaltmacht sämtlicher Parteien, welche in dem Streit gegen Euch eine reaktionäre Masse sind.

Auch wir arbeiten nach besten Kräften; in diesem Augenblicke bin ich im Norden des Landes, um das Evangelium der Befreiung der Arbeiter zu predigen und... das Volk hungeri danach. Noch einmal: Glückaus! Mit brüderlichem Handdruck

Ihr Parteigenosse
F. Domela Nieuwenhuis.

Groningen, 24. November 1884.

Die dänischen Genossen schickten zur Eröffnung des Reichstages an unsere Vertreter im Reichstage nachstehendes Telegramm:

„Kopenhagen, 230 Nachm., 20. November.“

Die Sozialdemokratie in Dänemark schließt sich den von unseren Genossen in allen Ländern ausgeprochenen Glückwünschen aus Anlaß Eures großen Wahlsieges freudig an. Unseren Dank für Das, was Ihr im Kampfe auch für uns ausgerichtet habt. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie! Es lebe unsere gemeinsame große Sache!

Der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes:

C. D. Andersen, Christensen, P. Hansen, P. Holm, F. Hoff, F. Hördup, E. Jördum, P. Knudsen, E. Winblad.“

An die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie. Genossen!

Die sozialistische Arbeiterpartei von Madrid hat in ihrer öffentlichen

*) In Manchester rechnete Herr Stanley den dortigen Fabrikanten vor, daß im Reiche des Kongo allein für Beerdigungszwecke jährlich mehrere Millionen Peter Kaitun abgesetzt werden könnten!

Sitzung vom 16. November beschloffen, den deutschen Brüdern ihre enthusiastischen Glückwünsche zu übermitteln zu dem glänzenden Triumph, den dieselben bei den letzten Reichstagswahlen über die Bourgeoisie errungen haben.

Längst haben für die Arbeiter die Grenzen aufgehört zu existieren. So erblickt auch die sozialistische Arbeiterpartei von Madrid in dem Triumph der deutschen Sozialisten ihren eigenen Triumph, einen Sieg der gesamten Arbeiterklasse; und in der Niederlage Bismarck's, in dem furchtbaren Schloge, den Ihr Eurem Vorkämpfer, Eurem geschworenen Todfeinde verleiht, eine Niederlage der gesamten Bourgeoisie.

Rechnet daher in jeder Beziehung auf uns, und seid versichert, daß die Sozialisten Madrids in der Verteidigung der Sache der Arbeit wissen werden, Eurem Beispiel zu folgen und Eurem bewunderungswürdigen Haltungen nachzustreben, Euch, die Ihr heute die Avantgarde des bewußten Proletariats bildet.

Es leben die deutschen Sozialisten!
Es lebe die Vereinigung der Arbeiterklasse!
Es lebe die soziale Revolution!

Madrid, 20. November 1884.

Im Auftrag der Versammlung:
S. Gomez Crespo,
Sekretär,
Calle del Barquillo, 41 principal.

Korrespondenzen.

Zürich. Gemäß Beschluß der letzten Sitzung der Mitgliedschaft deutscher Sozialisten soll auch heuer mit der Weihnachtsfeier eine Gabenverlosung zu Gunsten des Partei-Unterstützungsfonds verbunden sein. Wir bitten daher die Genossen und Freunde unserer Sache, durch Schenkung von solchen Gaben es zu ermöglichen, daß auch heuer der Ertrag der Verlosung ein möglichst großer werde. Unsere Genossen in Deutschland, die sich trotz aller Verfolgungen so muthig gehalten haben, werden darin ein Zeichen unserer Dankes und unserer Anerkennung für sie erblicken. Gaben sind wieder zu senden an J. Bedl, Kuttelgasse 3, Zürich, und an L. Laujcher, Kasinostraße 3, Döttingen.

Der Sozialauschuß.

Breslau, 12. November. Die Hauptstadt Schlesiens entsendet auch diesmal wiederum zwei Sozialdemokraten in den Reichstag, wir sind als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Unter welchen Umständen wir aber den Sieg errungen, das legt demselben noch eine ganz besondere Bedeutung bei.

Daß wir hier immer, auch schon vor dem Ausnahmegezet, an Lokal-mangel zu leiden hatten, ist bekannt, und das war auch diesmal nicht anders. Von Versammlungen war also keine Rede. Ein einziges kleines Lokal, in welchem sonst die Freigänger ihre Wiedertaufe vornehmen, war uns für einen Tag zur Verfügung gestellt worden, aber die liebe Polizei kam dazwischen und verbot uns die Versammlung.

Nun blieb uns also der Ausweg, mit Flugblättern zu wirken. Aber ein eigenhändliches Schicksal fügte es, daß die bestellte Waare in falsche Hände fiel, nicht in die der Polizei, und — wir kämpften und streikten mit dem bloßen Stimmgabel. Wie das möglich war? Nun, die Erklärung ist sehr einfach. Die wirtschaftlichen Verhältnisse, der äußerst schlechte Lohn, der Polizeidruck haben für uns gearbeitet. Ohne Presse, ohne Versammlungen, denken die Arbeiter und die zu ihnen Haltenden an nichts, als daß sie am Wahltage zeigen wollen, wie sie gefürcht sind. Die Gegner hielten Versammlungen über Versammlungen ab: drei, vier an einem Abend. Die besten Kräfte hatten sie sich von auswärts her verschrieben. Tag für Tag wurde die Bevölkerung von ihnen mit Flugblättern übersättigt. Und wir mußten mit gebundenen Händen dem zusehen! Dazu die Angriffe in der hiesigen, stark verbreiteten gegnerischen Presse, und, Alles, was recht ist, die guten Leuten haben sich diesmal in ihren Flugblättern, Zeitungen und Versammlungen in Angriffen gegen uns etwas geleistet! Siegesgewiß, und mit höchstem Eifer schritten sie einher; diesmal, hieß es, müssen und werden wir den Sozialdemokraten Breslaus entziehen. Aber es kam anders. Ein Bild, ein Händedruck, mit einem der Anzigen gewechselt, pflanzte sich wie ein elektrischer Schlag fort, und — wir siegten.

Der Jubel in den Straßen an beiden Wahltagen — Stichwahl und Hauptwahl — war aber auch groß. Trotz allem Aufgebote von Polizei, die einschritt, wo auch nur drei Mann beieinander standen, durchdrangen tausendstimmige Hochs und Hurrahs stundenlang alle Straßen der Stadt. Freudentränen des Auges gedachten wir unserer braven Genossen in Amerika, die unsern Ruf, uns zu unterstützen, nicht ungehört verhallen ließen. Es ist wahr, Hunderte der Besten und Tapfersten sind ausgewandert, und auf uns, den Zurückgebliebenen, lastete schwere Arbeit. Aber diese wurde auch mit Liebe und Hingebung geleistet.

Das ist Alles, was wir an dieser Stelle über den Wahlkampf und Wahlsieg in Breslau zu berichten haben.

Eisenberg (bei Altenburg), 20. November. Unsere Wahl ist im Verhältnis auch hier sehr gut ausgefallen, denn vor 3 Jahren wurden hier nur 4 Stimmen abgegeben und diesmal, trotzdem unser Kandidat nicht hier war, 75 Stimmen!

„Und sie bewegt sich doch!“

Aus dem 15. sächsischen Wahlkreise. Wir sind zwar diesmal den vereinigten Ordnungsparteien unterlegen, haben aber keine Ursache, verzagt zu sein. Mehrere Ortschassen haben sogar besser gewählt als je. So namentlich der hochindustrielle Amtsbezirk L i m b a c h. Während wir 1881 dort nur 232 Stimmen Majorität erzielten, erhielten wir diesmal für Pollmar 1788 Stimmen gegen 1044 für den Ordnungskandidaten. Neben die Ursachen, weshalb wir im Wahlkreise unterlegen sind, ein andermal. Für heute nur so viel, daß wir es das nächste Mal an nichts fehlen lassen werden, die Schlappe wieder auszuweichen.

Wauen im Voigtland. Die Wahlkämpfe im 23. Wahlkreise ist geschlossen, unsere hiesigen Genossen sind ebenfalls tüchtig in's Zeug gegangen. Leider hat das Resultat unserer Erwartung nicht entsprochen. In Wauen haben wir unsere alte Stärke behauptet, in den kleineren Städten haben wir überall gegen die Wahlen vor Einführung des Sozialistengesetzes Rückgang zu verzeichnen. Es ist dies auch sehr leicht erklärlich; es war uns nicht möglich, außerhalb Wauen's auch nur eine Versammlung zu Stande zu bringen; überall verweigerten die Wirthe ihre Lokale. Das Parteiflugblatt wurde regierrecht verbreitet, unsere Gegner wurden so überrascht, daß sie sich erst einige Tage später von der Ohnmacht, die sie erhalten hatten, erholten. Das gesammte Wahleresultat ist: Rüdiger 2312, Hempel, Freisinnler 2260, Hartmann etwas über 7000 Stimmen.

Raum ist unser Genosse Haffe nach fünfmonatlicher Haft entlassen worden, so beginnt auch schon von Neuem die Jagd auf Rothwild. Dasselbe, der am 22. Oktober entlassen worden ist, ging sofort in eine Wählerversammlung, die am gleichen Tag stattfand, und in welcher unser Kandidat, Hugo Rüdiger aus Gera, vor mindestens 2000 Wählern unser Programm entwickelte und die Konservationen und Freisinnler ganz gehörig kritisierte. Auf das Referat selbst einzugehen, würde zu weit führen; bemerken wollen wir nur, daß die Versammlung in der musterhaftesten Weise verlief, und daß Rüdiger oft von rauschendem Beifall unterbrochen wurde.

Haffe wurde also, wie gesagt, am 22. Oktober entlassen und unser Genosse Lange am 23. verhaftet, denn — was unsere Polizei nicht fertig bringt, das bringen gewisse Denunzianten fertig. Lange war, wie wir schon früher gemeldet, Mitte August dieses Jahres denunziert und verhaftet, jedoch sofort wieder entlassen worden. Nachdem die Untersuchung bereits geschlossen war, wird Lange plötzlich auf's Neue verhaftet. Man wird unwillkürlich veranlaßt, diese Maßnahme als einen Kathakt zu bezeichnen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieselbe unmittelbar am Tage nach obiger Versammlung stattfand. Es war nach Schluß dieser Versammlung ein Hoch auf Rüdiger ausgedrückt worden, in welches Lange mit eingestimmt hatte, dabei war er von 3 Polizisten beobachtet worden. Am 4. November wurde Lange von hiesigen Landgerichte hinter verschlossenen Thüren zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt, trotzdem eine Verbreitung ihm nicht nachgewiesen ist. Kommentar überflüssig.

Wie oben erwähnt, steht uns noch ein zweiter Prozeß in Aussicht. Unser Wahlausruf ist am 5. Oktober in 8000 Exemplaren verbreitet worden und hat nachträglich ungefähr ein Duzend Personen ermittelt (?), welche dabei theilhaftig gewesen sein sollen. Sechs Genossen aus Oelsnitz sind bereits angeklagt; der Ausruf soll identisch mit dem in Leipzig verbotenen Manifest sein, obgleich derselbe eine andere Ueberschrift trägt und für einen andern Kandidaten und Wahlkreis bestimmt ist und die Verbreiter von einem verbotenen Manifest nichts wußten und wissen konnten. Das kümmert die hiesige Staatsanwaltschaft gar nicht; es heißt ganz einfach in der Anklageschrift, daß der Inhalt ein und derselbe sei, und in Folge dessen der Ausruf unter das Verbot des Manifests fallen muß. Unsere Genossen sind entschlossen, die Sache eventuell bis an's Reichsgericht gelangen zu lassen (ganz recht! die Red.), denn wir sehen, daß bei dem hiesigen Landgericht an die Stelle der Göttin Justitia der wüthendste Parteihaf getreten ist.

Gleichzeitig müssen wir auch unserer Polizei eine kleine Lektion angedeihen lassen. Bei der ersten Verhaftung Lange's hat dieselbe die Geleise geradezu mit Füßen getreten. Nachdem Lange abgeführt war, kehrten der Wachmeister Rodstroß und der Schutzmann Hahn zur Frau Lange zurück und suchten von derselben durch allerlei Vorpiegelungen ein Geständniß zu erpressen, was ihnen allerdings nicht gelang. Dieses niederträchtige Manöver veranlaßt uns daher, unsere Genossen etwas von diesen beiden Säulen der göttlichen Weltordnung zu erzählen.

Rodstroß, der bekannte Sozialistenfeind, hatte einen Sohn, den er Kaufmann werden ließ, dabei aber vergaß, ihm das nöthige Gebot einzuprägen, so daß sich derselbe voriges Jahr, nachdem er sich Diebstahl und Unterschlagung zu Schulden kommen lassen, aus Angst vor dem Justizhaus erschossen hat. Hätte der Vater mehr Mühe auf die Erziehung seines Sohnes anstatt auf die Sozialistenhag verwendet, so würde er vielleicht keinen Erbsünder erzogen haben.

Der Schutzmann Hahn ist ein verdorbener früherer Sticker, den heute noch verschiedene Füllrinnen als ihren Schulner ansehen; doch Bezahlen ist Nebenache, denkt Hahn; als Wächter des Gesetzes hat er es ja gar nicht nöthig, sich um die öffentliche Meinung zu kümmern.

Außerdem ist bei unserer Polizei das Fauchrecht schon längst wieder eingeführt. Wir könnten eine ganze Kasse aufzählen, wo die armen Opfer geschlagen und mißhandelt worden sind wie die Hunde. Einen Fall müssen wir aber ganz besonders erwähnen. Vor kurzem brachte das hiesige Amtsblatt eine Notiz, in welcher es hieß, daß ein 70jähriger Webermeister beim Betteln aufgesperrt wurde und sich in der Arrestzelle der Polizei erhängt hat. Gleich darauf kam eine Verichtigung, daß die ärztliche Untersuchung nicht feststellen konnte, ob derselbe sich selbst entleibt hat oder so gestorben ist; der Arzt soll geäußert haben, daß der Mann einen Schlag über den Kopf bekommen haben müsse. Wie wir hören, soll die Leiche wieder ausgegraben und nochmals untersucht werden, da die Angehörigen die Sache nicht ruhig hingehen lassen wollen. Wir sind auf den Verlauf derselben sehr gespannt, heißt es doch allgemein, der 70jährige Mann sei von der Polizei erdrossen worden! Unseren Ordnungshelden sähe das durchaus ähnlich.

r-k-v-r.

Skiernewice.

Drei Kaiser waren in Polen
In dunklem Zeitvertreib,
Nachdem sie Gott befohlen
Ein Jeder Seel' und Leib.

Der Eine lebt im Dusek
Von Christenthum und Gott,
Der Zweite schwebt im Hufel,
Der Dritte im Bankrott.

Wie nun so ganz verstoßen
Das Trio weitergeschafft,
Hat sich zur Wahl befohlen
Das Volk der eignen Kraft.

Sechshunderttausend Rothe,
— Kreuzbambensperstelen! —
Dies ist die erste Luote
Nach unsrer Konferenz!

K. R. — S. D.

Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen ein:

- Von Dr. Richter: „Damburg-Altonaer Volksblatt“ 1877 (Juli bis Dezember). 1878 (Januar bis Juni).
- „Reddenburg Arbeiterfreund“ 1877/78.
- „Thüringische Freie Presse“ 1877/78.
- „Der Volkswille“ (Augsburg) 1877 und 1878.
- „Der Zeigler“ 1877 und 1878.
- „Erimmishauer Bürger- und Bauernfreund“ 1877. 1878 (Januar bis Oktober).
- „Frankfurter Volksfreund“ 1878.
- „Chemnitzer Freie Presse“ 1877/78.
- „Glauchauer Nachrichten“ 1878.
- „Wärfischer Volksfreund“ 1876/77.
- „Die Fackel“ 1877/78.
- „Tagewacht“ 1877/78.
- „Sozialpolitische Blätter“ 1878, 74, 75.
- „Rürnberg-Fürther Sozialdemokrat“ 1877/88.
- „Anhalt. Volksfreund“ 1877 (August bis Dezember).
- „Rechtshilfliche Freie Presse“ 1876/77.
- „Magdeburger Freie Presse“ 1877, 1878 (I. Semester).
- „Bremer Freie Zeitung“ 1876, 77, 78.
- „Kölnener Freie Presse“ 1877/78.
- „Pionier“ Zentralorgan der deutschen Gewerkschaften. 1877 und 1878.
- „Königsberger Freie Presse“ 1877/78.
- „Der Postkammer“ 1878.
- „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ 1877/78.
- „Berliner Freie Presse“ 1876, 77, 78.
- „Vormärts“ 1876/77, 78.
- „Volksstaat“ 1869/70, 71, 72, 74, 75.
- „K. R.: J. Justus, Freie Gedanken.“
- „F. Renz, Sacramento: Arbeiter-Liederbuch.“
- „Al. Winterthur: Gesangbuch der deutsch-katholischen Gemeinde.“
- „Luzifer: 1 Kalender-Almanach 1885.“
- „D. Chur: 1 Loos der Lotterie der europäischen Demokratie zu Gunsten ihrer verbannten Brüder.“
- „U. 76: Diverse Flugblätter, Zirkulare, Statuten etc.“

Um weitere Einlieferungen ersucht

Die Archivverwaltung.

An alle sozialistischen Schriftsteller.

Vom 1. Januar 1885 ab wird in New York

„Der Sozialist“

Central-Partei-Organ der Sozialistischen Arbeiter-Partei von Nord-Amerika,

wöchentlich einmal erscheinen. „Der Sozialist“ soll unter Anderem auch der wissenschaftlichen Weiterbildung des Sozialismus dienen und ein Sammelplatz werden, von dem aus die Vertreter unserer Prinzipien rückhaltlos ihre Stimmen für die Erldung des Proletariats erschallen lassen können.

Wir ersuchen alle schriftstellerischen Kräfte unserer Richtung dringend, sich an diesem Unternehmen durch geeignete sozial-ökonomische und sozial-wissenschaftliche Artikel zu betheiligen, und bemerken, daß ein entsprechendes Honorar für die Mitarbeiter ausgezahlt ist. Prospekte durch die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Mittheilungen und Einsendungen adressire man an den Unterzeichneten

Das National-Executive-Comite der S. A. P.:
W. L. Rosenberg,
194 E. 7th Str. New York, City.

Ausruf.

Unser treuer Freund und Genosse, der

Schneidermeister Hartung,

ist am 19. November einem Brustleiden erlegen. Er war einer der eifrigsten Anhänger unserer gerechten Sache. Am Wahltage ist er noch aus seinem Bette gestiegen, hat seine Stimme für Prietz abgegeben und noch eine halbe Stunde lang Stimmgabel vertheilt. Länger konnte er es nicht aushalten, er mußte nach Hause gehen und sich wieder zu Bette legen. Seitdem ist er auch nicht wieder aufgestanden.

Als Zeichen ihrer treuen Anerkennung haben ihm seine Kämpfer zwei Lorbeerkränze mit rothen Schleifen gewidmet; die eine Schleife trug die Inschrift: Gewidmet von seinen Stettiner Genossen. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Stettin, 23. November 1884.

Die hiesigen Genossen.

Wir bestätigen hiemit, daß

Gustav Henke, Schneider in New York,

seinen Verpflichtungen gegenüber der Partei voll und ganz nachgekommen ist.

Die Münchener Parteigenossen.

Briefkasten.

der Redaktion: Emar in Bo: Einsendung mit bestem Dank erhalten; wird in nächster Nummer zum Abdruck gelangen. — Gen. in Plauen: Nachtrag für diese Nummer zu spät, soll in nächster Nummer nach Wunsch besorgt werden. — Gen. in Pforzheim: Auch Eure Zuschrift muß für nächste Nummer zurückgelegt werden. — G. in Münster i/W.: Ihre Ausführungen sind durchaus zutreffend, da wir das Thema indess schon wiederholt behandelt, so ist es wohl am besten, wir lassen die Todten ruhen! Der Mann ist heute unser ungefährligster Gegner.

der Expedition: Spr. Kglsh: Nr. 5 — A. Cto. Ab. bis Ende Februar 85 erh. Restiren noch 30 Pfg. — C. P. B.: Nr. 5 — Ab. bis Ende März 85 erh. Ab. notirt. — W. Kneip Tronto: (2 Doll.) Nr. 10 20 Ab. bis Ende Mai 85 erh. Nachfrg. abgg. — C. P. Hb.: Nr. 3 50 Ab. Dez. 84 bis März 85 erh. — New York: Nr. 1500 — 8. Kate v. R. E. C. der S. A. P. R. A. pr. Wfbs. bds. erh. — Wfj.: Nr. 4 30 Ab. 4. Cu. ic. erh. — Zürich: Nr. 5 — von Prof. S. S. pr. Wfbs. bds. erh. — Stud. R. Lang, Zürich: Nr. 1 — pr. Wfbs. bds. erh. — U. a. D. 681: Nr. 4 30 Ab. 4. Cu. erh. — F. Die. B.: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. — César Schmidt, J.: Nr. 12 50 Ab. (1884) Int. R. C. R. York und G. u. Cie. Paris Ab. 4. Cu. erh. — Allenberna, Cleveland: P. R. erh. Archivisten erwartet. Dank und Gruß. — Dfsh. Ber. W'thur: Nr. 3 90 Restbetrag der Annonce im „Landbote“, Nr. 6 — gef. bei einer Abschiedsfeier zweier Genossen und Nr. 90 durch Wähler v. Wafsb. bds. erh. — Rothe Faust: Nr. 100 — A. Cto. Ab. 9. Cu. u. Schft. erh. Wfjg. notirt. — Feuerländer: Nr. 50 — A. Cto. ic. erh. u. besorgt. Nachfrg. fort lt. Wf. — Dittersbach: Nr. 10 — A. Cto. Ab. ic. erh. und nach Vorfrg. verw. — Titroflag: Nr. 200 — A. Cto. erh. u. Ab. notirt. Wf. Weiteres. — Rodenhausen: Nr. 15 — gef. durch Wfjg. Kosmopolit v. Hansen, Kongens Nitoru, und Nr. 3 — gef. durch Post pr. Wfbs. bds. erh. — Allg. Arb.-Ber. Oden: Nr. 5 — pr. Wfbs. (7) bds. notirt. — Rg. Danton: Nr. 18 — Ab. 2. Cu. erh. Restamtes abgg. — Marburg: Nr. 3 10 pr. Wfbs. bds. erh. — W. Kofhrn.: Nr. 6 50 baar und Thurt. A. Cto. gutgebr. — R. Marat: Nr. 150 A. Cto. gutgebracht. Ab. notirt. — Zürich: Nr. 84 80 pr. Wfbs. v. Dfsh. Ber. bds. erh. — Alte Fingge: Nr. 9 — Ab. 4. Cu. erh. — Wfjg.: Gewünschtes richtiggestellt und Nr. 105 — Ab. Aug. Sept. Okt. durch Freundeshand erh. — D. B. B.: Nr. 7 32 Ab. 4. Cu. 84 und A. Cto. 1. Cu. 85 erh. lt. Nota Weiteres. — S. R. T.: Nr. 3 — Ab. 4. Cu. erh. Nachfrg. ic. folgt. — A. Höhne R. York: (Doll. 10) — Nr. 50 65 A. Cto. erh. — P. Red. Kophgn.: Nr. 7 20 Ab. ab Nr. 47 bis Ende März erh. — Rother Franz: Nachricht hier. Gut. — X. 3: Wfjg. folgt. Erwiderung wurde nicht eingesandt.

Im Verlag von Conzett & Ebner in Chur ist erschienen und durch uns in Partien zum Preis von 25 Pfg. zu beziehen:

Winke für die Agitation und für das Verhalten vor den Behörden.

Die Schrift ist für alle in der Agitation thätigen Parteigenossen unentbehrlich; sie gibt Winke über die Organisation und den gegenseitigen Verkehr der Genossen, über ihr Verhalten vor Polizei und Gericht. Ferner enthält sie die wichtigsten Bestimmungen des Sozialistengesetzes über die Behandlung von sozialistischen Prekerzeugnissen, Vereinen und Versammlungen, Geldsammlungen ic. Die wichtigsten Bestimmungen der deutschen Versammlungsgesetze, des Prekergesetzes, des Reichswahlgesetzes und das Reglement zum Reichswahlgesetz. Die wichtigsten Bestimmungen aus der Strafprozessordnung über die Hausdurchsuchungen und Befehlsnahmen von Drucksachen, die Verhaftungen und Verhöre, Zeugenvernehmungen ic., und endlich eine Anleitung zur Ausarbeitung von Wahlprotesten.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Zu kaufen gesucht:

Franz: Herr Böhmert und seine Fälschungen der Wissenschaft.
Otto-Walster: Normalarbeitsdag.
Differenzen sind erbeien an die Expedition.

Gesucht:

Für eine Oefeherei im Ausland ein in seinem Fache tüchtiger und energischer Oefehmeister (am liebsten ein Parteigenosse) bei einem Gehalte von 250 Fr. pro Monat.
Weiteres durch die Expedition b. Wf.

Zürich Samstag, 6. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, im Kafe Repler:

Oeffentliche

Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:

Die Bedeutung von A. Marx für die Arbeiterbewegung.
Referent: Hgr. Rautsky.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Sozialauschuß.

Jedermann hat Zutritt.

Schweizerische Genossenschafts-Verbandsratte Döttingen-Zürich.